

Foto: Maximilian Nitschke



Die Kundgebung hinter dem Michael-Brückner-Haus gegen den Nazi-Aufmarsch am Bahnhof Schöneweide war ein großer Erfolg. Rund 1000 Teilnehmer aller Altersklassen und Parteien (ohne CDU) fanden sich zusammen. Redner waren Bezirksbürgermeisterin Schöttler, Gregor Gysi, Wolfgang Thierse, der Berliner VVN-BdA-Vorsitzende Hans Coppi und Senatorin Carola Bluhm. Anschließend fand eine Demonstration über die Schnellerstraße, Rixdorfer Straße, Südostallee zum Sterndamm statt

Aufgewacht!

Für eine solidarische gesamtdeutsche Hauptstadt

Völlig neue Töne aus Steglitz-Zehlendorf und einigen bisher stillen Umlandgemeinden: Fluglärm, nein Danke. Was ist geschehen? Spätes Besinnen? Nein, es sind die vorgeschlagenen präzisen Flugkorridore und Flugrouten, die die tausenden Flugzeuge nehmen sollen, nachdem sie Schönefeld verlassen haben. Und da wird je nach Flugziel von der graden Linie abgeschwenkt. Dabei geht es wieder um knallharte ökonomische Interessen. Je kürzer und enger die Flugrouten sind, desto kürzer sind die Flugzeiten. Den gesamten Flugverkehr um Berlin und Potsdam herzuführen, rechnet sich eben nicht. Und da geraten zwischen Berlin und Potsdam plötzlich Wannsee und Grunewald in den Fokus der nach Nord und Nordwest abfliegenden (und von dort kommenden) Maschinen. Das geht zu weit, unser Erholungsgebiet ist gefährdet. Frau Junge-Reiher erklärt plötz-

lich, für uns gehen Sicherheit und Lärmschutz vor ökonomischen Interessen. Junge, Junge! Aber es ist ja noch nicht zu spät. Die Entscheidung, was zwischen 22 und 6 Uhr wann und wie fliegt, fällt in Leipzig beim ergänzenden Planfeststellungsverfahren. Da können ja auch noch Anträge der BBI-Besitzer gestellt werden.

Liebe Zehlendorfer, ein Flugzeug, das nachts nicht fliegen darf, kann dann auch nicht eure Route befliegen. Gemeinsam könnten wir doch ein Umfliegen der Stadt verlangen. Das hilft nicht nur euch, sondern bei anderen Windverhältnissen auch den Friedrichshagenern, Rahnsdorfern und Hessenwinklern. Und wenn wir dann noch gemeinsam für ein Nachtflugverbot kämpfen, sind wir doch eine schöne solidarische gesamtdeutsche Hauptstadt.

■ ■ Ernst Welters

Kein Ort für rechte Propaganda

Am 9. Oktober wollen zum 7. Mal Nazis durch KW marschieren. Wir haben genug davon. Es muss endlich Schluss damit sein. Bereits im vergangenen Jahr hätten wir den Aufmarsch stoppen können: Wir waren 600 Antifaschisten, die Nazis waren knapp 300!

Ein vielfältiges Bündnis aus lokalen Vereinen und landesweiten Verbänden, antifaschistischen Gruppen, Parteien, Gewerkschaften, Jugend- und Studierendeninitiativen, Kirchengemeinden und vielen weiteren engagierten Antifaschistinnen und Antifaschisten ist in Brandenburg entstanden und hat Zivilcourage bewiesen.

Mit seinen Aktionen hat dieses Bündnis deutlich zum Ausdruck gebracht: Wir sind die demokratische, antifaschistische Mehrheit. Ob auf der Straße, dem Schulhof oder im Verein: Treten wir den Nazis und rechter Ideologie offensiv entgegen!

Unser Ziel eint die Mitglieder des Bündnisses über alle sozialen, politischen oder kulturellen Unterschiede hinweg. Das Bündnis ist bunt und stellt sich den Nazis in den Weg. Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir bitten alle demokratischen Bürgerinnen und Bürger, mit uns auf die Straße zu gehen. Nur gemeinsam verhindern wir, dass Nazis in Königs Wusterhausen Fuß fassen können.

„Bündnis Gegen Rechts“ /
Königs Wusterhausen, www.bgr-kw.de
Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“
www.zossen-zeigt-gesicht.de

IN DIESER AUSGABE

- Seite 3:** Von der Wunschbox zu Parkbank und Computer
- Seite 4:** Hartz IV ist weg!?
- Seite 5:** Gesundheit ist keine Ware
- Seite 6:** Von Eigentum und Wirtschaftsdemokratie

DIE LINKE lehnt vorliegendes Konzept zur Übertragung von Jugendfreizeiteinrichtungen an freie Träger ab

Keine Entscheidung gegen die Mitarbeiter

Nachdem auch linke Jugendstadträte in Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf Jugendklubs aus der öffentlichen Verwaltung an gemeinnützige Organisationen, also an freie Träger der Jugendarbeit, übergeben haben, ist die Debatte über die Trägerschaft stadtwweit entbrannt. Schon weil die 16 öffentlichen Jugendklubs in Treptow-Köpenick personell zu gering ausgestattet sind, besteht auch im Bezirk zunehmend Handlungsbedarf.



Grundsätzlich schätzt die hiesige Linksfraktion die Arbeit von freien Trägern, die zur Vielfalt der Angebote im sozialen Bereich beitragen. Auch der Einfluss des demokratisch legitimierten Jugend-

hilfeausschusses auf die Arbeit und die Konzeption, wie die Realität bei den mehr als 20 Projekten freier Träger im Bezirk zeigt, ist durch die jährliche Mittelvergabe tatsächlich recht hoch. Nicht alle Befürchtungen, die in der laufenden Diskussion vorgetragen werden, sind deshalb begründet.

Der nun vorliegende Vorschlag des Jugendstadtrats Dirk Retzlaff (SPD) lässt insbesondere Fragen offen, wie mit dem Personal, das nicht zum freien Träger wechseln möchte, umgegangen und wie die bauliche Unterhaltung der Einrichtungen künftig sichergestellt werden soll. Darüber hinaus fehlt jede politische inhaltliche Begründung. Die Fraktion geht zudem davon aus, dass die auch ohne dies angespannte Personalsituation in den öffentlichen Jugendfreizeiteinrichtungen, absichtlich verschärft wurde, um

Übertragungen in größerem Umfang zu erzwingen.

Im Unterschied zu anderen Parteien gibt sich DIE LINKE aber unideologisch. Beide Formen der Trägerschaft haben ihre Berechtigung und sind erhaltens- und schützenswert. Ziel muss Qualität und Vielfalt von Jugendarbeit sein und nicht die freie oder öffentliche Trägerschaft selbst.

Deshalb wendet sich die Fraktion gegen Übertragungen von Einrichtungen, die personell hinreichend ausgestattet sind, gegen den Willen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne Einbeziehung der jugendlichen Nutzerinnen und Nutzer und ohne Würdigung der inhaltlichen Arbeit und des sozialräumlichen Umfelds. Außerdem lehnt sie eine Abgabe von Personal aus Jugendklubs an andere Bereiche wie den Schulhort ab, plädiert für einen Ausbau von Kooperationen zwischen Jugendamt und freien Trägern in einzelnen Einrichtungen und die Nutzung des zugegeben schmalen Einstellungskorridors zur Besetzung offener Stellen.

■ ■ Philipp Wohlfeil

Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE

Unsicher, aber teuer – der neue Personalausweis

Ab dem 1. November 2010 wird der elektronische Personalausweis nach und nach für alle Bürgerinnen und Bürger eingeführt. Neu an ihm ist neben dem Scheckkartenformat vor allem ein Chip, auf dem eine PIN und optional die Fingerabdrücke gespeichert sind. Der neue Personalausweis ermöglicht es, sich mittels der gespeicherten Daten und einem Lesegerät im Internet auszuweisen und soll auf diese Weise das Agieren im Internet sicherer gestalten.

Dem Chaos-Computer-Club ist es aber gelungen, die Lesegeräte zu knacken und auf diese Weise an die Daten des Ausweises zu gelangen. Damit ist es versierten Computernutzern möglich, die Daten ihrer Nachbarn zum Einkäufen im Internet oder zur Begehung von Straftaten im Netz zu missbrauchen. Das Einkäufen im Netz wird also nicht unbedingt sicherer.

Der neue Ausweis wird nicht mehr acht Euro, sondern 28,80 Euro kosten. Dieser Betrag ist angesichts der Ausweispflicht in Deutschland sehr hoch und für ärmere

Menschen nicht ohne weiteres aufzubringen. Für unter 24jährige beträgt die Gebühr 22,80 Euro. Die Gebührenbefreiung bei Erstaussstellung für 16-18jährige entfällt dafür völlig. Die Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick forderte daher in einem gemeinsamen Antrag mit den Grünen, dass die Ausgabe an Hartz-IV-Empfangende und andere Einkommensschwache gebührenfrei erfolgt. Der Bundesgesetzgeber hat diese Möglichkeit eingeräumt. Der Antrag wurde in der BVV gegen die Stimmen einiger SPD-Verordneter beschlossen.

Die Einführung des neuen Ausweises erweist sich für die Bürgerämter als schwierig, weil die Bundesregierung quasi jede Woche neue technische Anforderungen an die Behörden stellt. Beispielsweise muss es für den neuen Ausweis nun zwei Monitore auf den Schreibtischen geben und es müssen Computer mit höherer Leistung und technischem Zubehör angeschafft werden. Die Haushaltslage in den Bezirken

und Kommunen wird dabei nicht berücksichtigt.

Es kann den Bürgerinnen und Bürgern wegen der Kosten und der momentanen Sicherheitsprobleme nur geraten werden, noch bis 31. Oktober 2010 ihren alten Ausweis zu verlängern. In zehn Jahren kann die Sache ja schon wieder anders aussehen.

■ ■ Jana Wiederhold,

Bürgerdeputierte im Ausschuss für
Bildung und Bürgerdienste

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift des Bezirksverbandes und der
BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Karin Franzke,
Edith Karge, Maximilian Nitschke, Helga Pett.
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick,
blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen
von Artikeln und Leserbriefen vor.
Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos
usw. werden sorgfältig behandelt!
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
Druck: Druckerei Bunter Hund,
Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. September 2010
Ausgabebetrag „blättchen“ 165: Do 4. November 2010
Redaktionsschluss für „blättchen 165“: 26. Oktober 2010
Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.



Von der Wunschbox zu Parkbank und Computer

Wie Johannisthaler Senioren ihre Ideen verwirklichten

Es dauerte nur wenige Wochen, da standen in der Königsheide zwei neue Parkbänke, die von Lehrlingen der direkt am Wald gelegenen Helmut Ziegner Berufsbildung gGmbH gebaut worden sind. Zur gleichen Zeit nahmen sich Jugendliche des Technischen Jugendbildungsvereins in Praxis e.V. (TJP e.V.) die maroden Sitzgelegenheiten in der Südostallee vor, auf denen sich Senioren des Pflegeheims und Anwohner nun ausruhen können. Auch am Sterndamm in Johannisthal-Süd steht eine neue Sitzgelegenheit, zwei weitere werden vor Kaiser's Supermarkt im Frühjahr aufgestellt. Und auch bei Gemeindepfarrer Kähler stieß der Wunsch nach einer Bank an der Haltestelle vor der Kirche auf offene Ohren. Nur müsste dazu Kirchenland durch die BVG gepachtet werden, was zwischen Bezirksamt und Verkehrsbetrieben im Gespräch ist.

Der Wunsch nach Bänken stand auf vielen Zetteln, die Ende November vorigen Jahres in einer Wunschbox steckten. Die war in der Seniorenfreizeitstätte im Johannisthaler Rathaus im Rahmen des von der Bundesregierung geförderten Projektes „Aktiv im Alter“ aufgestellt worden. Johannisthal und Adlershof, Ortsteile mit einem hohen Anteil an Bewohnern über 60 Jahren, nahmen an dem Programm teil, für das Sozialstadträtin Ines Feierabend am 29. September auf einer Abschlussveranstaltung im KIEZKLUB Johannisthal eine erfreuliche Bilanz ziehen konnte.

Eine Arbeitsgruppe aktiver Senioren, zu denen auch drei Mitglieder der Johannisthaler LINKEN gehörten, hatten es erreicht, Partner für die Erfüllung der Seniorenwünsche zu gewinnen. Für die Bänke in der Königsheide hatte die Zieg-

ner Stiftung die Lehrlinge begeistert, die Revierförsterin erreichte ihrerseits, dass der Botanische Garten das Kiefernholz kostenlos zur Verfügung stellte. Vom TJP wiederum wurden nicht nur die Bänke in der Südostallee aufgemöbelt, sondern auch zwei Räume auf dem Rathausgelände renoviert und mit Computern ausgestattet. Nun stehen 110 lernbegierigen PC-Fans im höheren Alter – ab Oktober sogar 128 Teilnehmern – an der Seniorenakademie des Vereins täglich Kurse zur Verfügung.

Zu den Ergebnissen des Programms, die die Johannisthaler KIEZKLUB-Leiterin Carola Balzer als beispielgebend bezeichnete, gehört auch die Gründung einer Wandergruppe, deren Interessenten sich am 5. Oktober zum ersten Mal zusammenfanden. Noch offene Wünsche, die jedoch nicht unter den Tisch fallen sollen, betreffen eine Fahrrad- und eine Tanzgruppe. Auch die Idee, den Sterndamm direkt vor dem KIEZKLUB im Rathaus überqueren zu können, ist noch nicht verworfen worden. Eine Fußgängerampel kann wegen der Straßenbahn nicht installiert werden, über einen Zebrastreifen wird jedoch weiter verhandelt.

Sozialstadträtin Feierabend ist nun gespannt, wie sich die Ergebnisse des Johannisthaler Teams „Aktiv im Alter“ im bundesweiten Vergleich der 150 teilnehmenden Kommunen einordnen.

In Adlershof legt die Arbeitsgruppe aktiver Senioren die Ergebnisse ihrer Bemühungen am 24. November auf einer Abschlussveranstaltung vor. Davor wird am 28. Oktober auf einem Bürgerforum nochmals über die Verkehrssituation im Ortsteil gesprochen, ein Problem, das dort hohe Priorität hat.

■ ■ Helga Pett

Informationen aus dem Bezirksamt

► Kein Einsatz von Enka Moos

Enka Moos als Begleitgrün wird auf Straßen im Bezirk nicht verwendet. Die BVV hatte empfohlen, das Moos auf Mittelstreifen einzusetzen, um Feinstaub zu reduzieren und gleichzeitig die Kosten für die Pflege von Grünanlagen zu senken. Der Entwicklungsstand des Produktes sei noch nicht so weit fortgeschritten, heißt es in der Begründung für die Ablehnung. Sollten die Ergebnisse

der praktischen Versuche im Autobahnbau und in einzelnen Kommunen jedoch überzeugend sein, werde sich das Bezirksamt einer Verwendung von Enka Moos nicht verwehren.

► Doch Arbeitsgruppe Treptower Norden

Für die Tätigkeit einer überbezirklichen Arbeitsgruppe zur Entwicklung des Treptower Nordens gäbe es aus Sicht des Bezirksamtes weder eine Veranlassung noch eine Rechtsgrundlage, hieß es in einem Schlussbericht zu einem entsprechenden BVV-Beschluss. Die BVV hatte empfohlen, eine solche Ar-

beitsgruppe gemeinsam mit den Bezirksämtern Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg zu gründen. Nach einer Debatte darüber in der BVV hat das Bezirksamt diesen Bericht zurückgezogen.

► Mittelpunktbibliothek Treptow

Für den Bau der Treptower Mittelpunktbibliothek in der Alten Feuerwache ist die Vorplanung abgeschlossen. Die erforderlichen Planungsaufträge sind laut Bezirksamt zu 80 Prozent vergeben, die Bauplanungsunterlagen müssen bis Ende September erarbeitet sein.

Hartz IV ist weg!?

Noch nicht, aber die Änderungen im SGB II zum 1.1.2011 werfen ihre Schatten voraus

Hartz IV ist weg!? Naja, noch nicht ganz. Aber zweimal hat das Bundesverfassungsgericht wesentliche Teile dieses Gesetzes schon für verfassungswidrig erklärt. Ein Urteil davon, aus dem Jahre 2007, betraf die Organisation der ALG-II-Behörden, bei uns „JobCenter“ genannt. Der Bürger soll – so das Gericht – erkennen können, wer dabei wofür zuständig ist und entsprechend bei Wahlen reagieren können.

Nun also kommt zum 1. Januar 2011 ein neues Gesetz. Der ganz große Wurf ist es nicht geworden – aber immerhin musste das Grundgesetz geändert werden, damit (fast) alles so bleiben kann, wie es ist. Was das konkret für unseren Bezirk bedeutet, wollte der Arbeitskreis „JobCenter“ des Sozialausschusses der BVV ganz genau wissen und hatte deshalb zu einer Fachtagung ins Rathaus

geladen. Beim Einführungsvortrag des Vertreters des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Herrn Ministerialrat Dr. Bermig, wurde zunächst deutlich, dass die Bundesagentur für Arbeit künftig fast allein die Musik bestellt, dann aber erwartet wird, dass die Kommune gleichberechtigt mitmusiziert.

In der folgenden Diskussion zwischen den Vertretern des Bezirksamtes, der BVV und dem Geschäftsführer des „JobCenters“ Treptow-Köpenick einerseits und den Vertretern aus Senat und Abgeordnetenhaus andererseits, ging es dann jenseits aller Parteigrenzen um die Frage, wer denn in Berlin nun Kommune im Sinne des neuen Bundesgesetzes ist. Das hierzu erforderliche Landesausführungsgesetz ist gerade in der Diskussion in den einzelnen Senatsverwaltungen

und den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses.

Klar ist aber schon jetzt, dass es weiterhin ein eigenes, bezirkliches „JobCenter Treptow-Köpenick“ geben soll, auch wenn von Landesseite künftig mehr hineinregiert werden wird, was man sicher schon bald an anders aussehenden Hartz-IV-Bescheiden erkennen mag.

Es wird nun darauf ankommen, die Chancen, die das neue Gesetz bietet, wenigstens noch solange im Sinne der Betroffenen zu nutzen, wie die politischen Möglichkeiten dafür da sind. Auch das sollte man den Wählern fürs nächste Jahr mitteilen.

Da auch die Regelsätze zum neuen Jahr neu berechnet werden müssen (das ist das oben erwähnte andere Urteil des Bundesverfassungsgerichtes), hat sich „Hartz IV“ seit seiner Einführung schon ein wenig verändert; weg ist es noch nicht ganz. Aber wir arbeiten daran.

■ ■ *Dan Mechtel*

Sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion in der BVV Treptow-Köpenick

S-Bahn-Debakel

Verwendung der einbehaltenen finanziellen Mittel

Mit dieser Überschrift reichten wir vor einiger Zeit eine Kleine Anfrage (KA) beim Bezirksamt (BA) ein. Anfang Juni erhielten wir die Antwort.

Ein vorangegangener Versuch, mittels einer Mündlichen Anfrage diese Informationen zu erhalten, war weniger erfolgreich. Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler verwies in der BVV-Sitzung darauf, dass die Senatsverwaltung auf Nachfrage dem BA mitgeteilt habe, zu dieser Thematik werde in Kürze eine Pressemitteilung herausgegeben.

In seiner Antwort auf die KA bezieht sich das Amt auf eine Vorlage der Senatsverwaltung an den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses. Darin heißt es, in den Jahren 2008 und 2009 seien von der Senatsverwaltung insgesamt 42,2 Mio. Euro einbehalten worden. Dieses Geld geht jedoch nicht anteilig direkt an die zwölf Berliner Bezirke sondern fließt der DB Station & Service sowie der BVG zu, um damit den ÖPNV zu verbessern. Wörtlich heißt es in der Vorlage: „Bei den Maßnahmen handelt es sich um zusätzliche Vorhaben, die ohne den Einsatz der einbehaltenen S-Bahn-Mittel

in den nächsten Jahren nicht hätten durchgeführt werden können.“

Konkret für unseren Bezirk sind u. a. folgende Maßnahmen vorgesehen: „... eine zusätzliche Haltestelle Edisonstraße/Wilhelminenhof (inzwischen realisiert, Anm. der Redaktion), mit einem Volumen von allein 9 Mio. Euro die Sanierung der Gleisanlagen sowie der barrierefreie Umbau der Straßenbahnlinie 68...“ Mir ist allerdings nicht klar, warum es sich bei einer Sanierung der Gleisanlagen um ein zusätzliches Vorhaben handelt. Die Umsetzung dieser Maßnahmen soll bis Ende 2011 erfolgen.

Eine Maßnahme, nicht in unserem Bezirk gelegen, für ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzer trotzdem von erheblichem Informationswert: Es soll am Ostkreuz oben auf dem Regionalbahnsteig, wo derzeit die S-Bahn fährt, ein Bahnsteigdach errichtet werden. Die Umsetzung soll im Jahr 2011 erfolgen. Kostenpunkt: 1,0 Mio.

Wer noch mehr darüber wissen will: Die KA mit meinem Namen hat die Nummer VI/0976 und ist im Internet zu finden.

■ ■ *Peter Leiß*

Informationen aus dem Bezirksamt

► Spreepark

Für das Spreeparkareal liegt derzeit ein rechtsgültiger Erbbauvertrag mit Pia Witt vor, der zur Zwangsversteigerung steht, heißt es in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Oliver Igel (SPD) zu Bauabsichten auf dem Gelände. Deshalb sei nicht absehbar, ob und wann über die Vergabe des Grundstücks neu disponiert werden könne. Allerdings sei aber auch nicht bekannt, dass eines der bisher beantragten Nutzungsprojekte finanziell gesichert sei.

► Jahrbuch

Zum zehnten Mal erscheint das „Jahr- und Lesebuch Treptow-Köpenick“. Auf 175 Seiten erzählt es wieder aus allen Ortsteilen des Bezirks, über einige Jubiläen (auch das eigene), lüftet das eine oder andere Geheimnis (z.B. was es mit den dicken Mauern an den Bahndämmen in Baumschulenweg und Köllnische Heide auf sich hat). Das Jahrbuch ist im Buchhandel zum Preis von 9,95 Euro erhältlich.

Gesundheit ist keine Ware

Kampagne für eine solidarische Bürgerversicherung

Auf einer öffentlichen Fraktionssitzung beriet die Linksfraktion in der BVV Treptow-Köpenick am 4. Oktober über die Kampagne der LINKEN zur Gesundheitspolitik. Die Partei hat folgende Ziele:

- Verhinderung der Einführung einer Kopfpauschale als Grundprinzip zur Finanzierung des Gesundheitssystems
- Schaffung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses für eine solidarische Bürgerversicherung
- Mitwirkung in regionalen und lokalen Bündnissen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung als öffentliches Gut

Zur ungenierten Abkassierung der gesetzlich versicherten Bürger hat Gesundheitsminister Rösler am 22. September in seinem Gesetzentwurf eine entsprechende Finanzierungsreform vorgelegt.

Das Solidaritätsprinzip in der gesetzlichen Krankenversicherung wurde allerdings schon von den Vorgängerregierungen ausgehebelt. Erinnert sei an den von SPD und Grünen eingeführten Sonderbeitrag von 0,9%, die Einführung der Praxisgebühr sowie Streichungen bei

verschreibungsfreien Arzneimitteln, Brillen und Sterbegeld. CDU und SPD führten den sogenannten Gesundheitsfonds und damit auch die Grundlage für eine kleine Kopfpauschale ein. Sie nennen es Zusatzbeitrag, und dieser ist seit diesem Jahr schon pauschal mit 8 Euro oder bis zu 37,50 Euro pro Monat von vielen Versicherten bis zu 1% der Beitragsbemessungsgrenze von gegenwärtig 3750 Euro zu zahlen.

Zum 1. Januar 2011 wird der einheitliche Beitragssatz der rund 160 gesetzlichen Krankenkassen von jetzt 14,9% auf 15,5% steigen, wobei der Arbeitgeberbeitrag auf 7,3% vom Bruttolohn eingefroren wird und alle Steigerungen dann von den Versicherten allein getragen werden.

Ab 2011 erwartet uns ein Beitragssatz von 8,2% des Bruttoeinkommens bis zur Beitragsbemessungsgrenze

plus: ein möglicher Zusatzbeitrag von 2% des Bruttoeinkommens

plus: Praxisgebühr

plus: Zuzahlung für Arznei- und Hilfsmittel

Als Vorteile der Finanzierungsreform sieht Rösler, das 11-Milliarden-Loch der Krankenkassen durch Erhöhung der Einnahmen auf Kosten der Versicherten zu stopfen und die Ausgaben zu stabilisieren. Die Krankenhäuser sollen 850 Millionen einsparen, obwohl sie dringend Geld für Investitionen und bessere Vergütung des Pflegepersonals benötigen.

Den Ärzten wird der vereinbarte Honoraranstieg für 2011 um die Hälfte gekürzt und das Vergütungsniveau der hausärztlichen Versorgung begrenzt, bei den Apothekern will man durch die Streichung von Rabatten Millionen sparen. Mit der Pharmaindustrie wurde ein sogenanntes Arzneimittelsparpaket ausgehandelt. Es fehlen aber immer noch Milliarden und für die wird künftig der Versicherte aufkommen müssen. Der unsoziale Geist der schwarzgelben Koalition darf sich nicht durchsetzen. Die Linke wird deshalb für eine solidarische Bürgerversicherung streiten. Mit Flyern, Broschüren und Plakaten wird in den kommenden Tagen die Gesundheitskampagne vor Ort unterstützt.

■ ■ Dr. Monika Brännström

Gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion

Ganz mies

Der Umgang der SPD mit Bezirksbürgermeisterin Frau Schöttler ist ganz mies. Erinnern wir uns knapp fünf Jahre zurück. Mit viel Brimborium präsentierte die SPD ihre Nachfolgekandidatin für Dr. Klaus Ulbricht. Gabi Schöttler – Exsenatorin, Strahlefrau aus der Nachwende-SPD sollte es richten. Kaum im Amt, sägten ihre Genossen schon an ihrem Stuhl. Zugegeben, Klaus Ulbricht hatte große Fußstapfen hinterlassen. Diese auszufüllen hätte sicher so manchen oder so manche überfordert. Aber Gabi Schöttler gab sich Mühe, war vielfältig im Bezirk präsent. Und ich habe sie gegen die Nazis auch auf der Straße sitzen sehen. Sicher, manchmal hätte man sie sich energischer gewünscht. Etwa beim Streiten für das Nachtflugverbot oder, wie der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Philipp Wohlfeil betonte, beim Kampf um bezirkliche Finanzen. Daraus aber im „Kurier“ ein „Stöckel-Gabi stöckelt davon“ zu machen, ist perfide. Hinter den Kulissen wird ge-

munkelt, dieser Artikel war von der SPD, mindestens aber von Teilen der SPD, bestellt. Tobt doch ein Hahnenkampf um ihre Nachfolge, wobei einer auch namentlich vom „Kurier“ ins Rennen gebracht wurde. Nun könnte man sich ja ob dieses innerparteilichen Tretens und Nachtretens als LINKE genüsslich zurücklehnen, wenn man nicht Verantwortung für diesen Bezirk hätte. Denn die, die solchen Schlamm auskippen und platt machen, wollen Bürgermeister oder mindestens Stadträte werden. Was prädestiniert eigentlich jemanden, der in seiner eigenen Partei um sich schlägt, Verantwortung für die Menschen in Treptow-Köpenick zu übernehmen? Nein, Gabi Schöttler hat eine faire Bilanzierung ihrer Tätigkeit verdient und eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger, die/der Toleranz und Durchsetzungsfähigkeit im Interesse des Bezirks besitzt. Es muss ja auch nicht immer jemand von der SPD sein.

■ ■ Ernst Welters

Informationen aus dem Bezirksamt

► Hoffnung für das Bürgerhaus Grünau

Die Bezirksverordneten haben sich auf ihrer Tagung im August einstimmig für eine Verlängerung des Mietvertrages für das Bürgerhaus Grünau über das Jahr 2011 hinaus ausgesprochen. Daraufhin hat der Vorstand des Ortsvereins in Gesprächen mit Bürgermeisterin Schöttler und den Stadträten Schneider und Simdorn die Zusicherung bekommen, dass mit dem Eigentümer des Gebäudes Regattastraße 141 über die Verlängerung des Mietvertrages für weitere drei Jahre verhandelt wird. Dieser hat bereits mit Investitionen in die Bausubstanz begonnen. Es werden ein Nebengebäude und die Sanitäranlagen saniert. Allerdings fehlen dem Bezirksamt derzeit die Mittel zur endgültigen Klärung des Problems noch gibt es einen beschlossenen Haushalt ab 2012.

Gysi meint...



Fünf Euro mehr sind eine Provokation

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 9. Februar 2010 allen Hilfsbedürftigen ein Grundrecht auf eine menschenwürdige Existenzsicherung zuerkannt und damit die bestehenden Regelsätze für Hartz IV-Empfänger – Erwachsene und Kinder – wegen ihrer völlig willkürlichen Festsetzung für verfassungswidrig erklärt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung reagierte darauf mit einer Erhöhung der Regelsätze für Erwachsene um fünf Euro im Monat. Nicht der tatsächliche Bedarf für die Betroffenen war ausschlaggebend, sondern die Kassenlage des Bundes. So wurde so lange an den Statistiken herumgetrickelt, bis das gewünschte Ergebnis, den Haushalt nicht mit mehr als 480 Mio. Euro zu belasten, herauskam.

Schwarz-gelb setzt damit die Politik der rot-grünen Bundesregierung fort, die vor fünf Jahren die verfassungswidrigen Hartz-Gesetze beschloss. Hartz IV ist nicht nur das Synonym für eine Grundversicherung auf Armutsniveau, für Diskriminierung, für den Zwang der Langzeitarbeitslosen, jeden unzumutbaren Job für unzumutbare Bezahlung annehmen zu müssen. Hartz IV war und ist Dreh- und Angelpunkt für den Druck auf die Löhne nach unten insgesamt, für die Entstehung eines gigantischen Niedriglohnssektors, des größten im Vergleich zu allen anderen Industrieländern. 22 Prozent der abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik und 33 Prozent im Osten arbeiten für weniger als 680 Euro im Monat, also auf Hartz IV-Niveau.

Aber die Bundesregierung benötigt für diese provokante Erhöhung des Regelsatzes auch die Stimmen der SPD-geführten Länder im Bundesrat. Werden sich die Hartz IV-Parteien, mit Ausnahme der LINKEN, wie schon im Jahr 2004 im Vermittlungsausschuss auf einen faulen Kompromiss einigen? Wenn es die Linke nicht gäbe, wäre die Frage entschieden. So aber besteht eine kleine Chance, dass sich SPD und Grüne weiter ändern, wenn auch nur, weil es die Linke gibt.

Von Eigentum und Wirtschaftsdemokratie

Programmdebatte in Adlershof mit Dr. Bernd Ihme

DIE LINKE bekommt ein neues Programm. Die Debatte darüber wird öffentlich geführt. DIE LINKE, Ortsteil Adlershof, hatte zur Diskussion über den Entwurf, an der nicht nur Parteimitglieder teilnahmen, Dr. Bernd Ihme, Sekretär der Programmkommission, eingeladen.

Ihme zeigte in seiner lebhaften Art auf, dass der ursprüngliche Programmtext sehr unterschiedliche Auffassungen sowohl zur Herangehensweise als auch in den inhaltlichen Schwerpunkten aufwies. Einige Elemente trugen bereits den Charakter eines Entwurfs, andere dagegen beschränkten sich darauf, Schwerpunktfragen und Grundprobleme aufzuzeigen, um diese in der noch zu führenden Debatte auszugestalten. Die sehr unterschiedlichen Positionen des Entwurfs führten dazu, dass der ursprüngliche Zeitplan nicht eingehalten werden konnte und erst eine zusätzliche Arbeitsgruppe einen ersten Entwurf ermöglichte. Der Parteivorstand fasste den Beschluss, die Programmdebatte in der Partei zu führen und bis Ende 2011 ein neues Parteiprogramm zu verabschieden. Inzwischen hat die Organisation der Programmdebatte in den Landesverbänden begonnen.

Kritisch merkte Ihme an, dass die Zukunfts-

fragen unserer Gesellschaft nicht konkret genug formuliert wurden, dass es keine ausreichende Wirtschaftskompetenz und keinen ausreichenden Versuch einer Kapitalismus-Definition gibt. Die Veränderung der Gesellschaft von einer Industriegesellschaft hin zu einer Medien- und digitalisierten Gesellschaft kommt bisher im Programm-Entwurf zu kurz. Die digitalisierte und globalisierte Welt hat ihre Eigendynamik und darin liegt auch die Chance für DIE LINKEN, bei der Gestaltung dieser Gesellschaft mitzuwirken. Auch der in Diskussionen häufig verwendete Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ muss mit Leben gefüllt werden. Die Eigentumsfrage und die damit verbundene Verfügungsgewalt ist noch lange nicht geklärt. Es ist nicht ausreichend, Einrichtungen die der Daseinsfürsorge dienen, zu verstaatlichen. Es muss auch sichergestellt werden, wie und durch wen die Kontrolle und die Einwirkungsmöglichkeit bei Entscheidungen stattfindet. Dr. Bernd Ihme wies auch darauf hin, dass es keinen Wohlstand nur durch Wachstum geben wird, dass ein Umbau der Gesellschaft von der Verwendung der fossilen Brennstoffe hin zu den erneuerbaren Energieformen gefunden werden muss.

■ ■ *Martin Schmidt-Bugiel*

Tagesfahrt Bundestag

Zu einer Tagesfahrt durch den Berliner Politikbetrieb lädt Gregor Gysi. Punkte des Programms am **12.11.2010**: Besuch einer Plenarsitzung im Deutschen Bundestag, Informationsgespräch im Bundesministerium des Innern sowie eine Diskussion mit Gregor Gysi.

Anmeldungen bitte unter: 6322 4357

Bürgersprechstunden:

Die nächsten Sprechstunden von **Gregor Gysi** finden am **Dienstag, 12.10.** und **2.11.** jeweils in der Zeit von 13. – 18. Uhr im Bürgerbüro, Brückenstraße 28 statt. *Anmeldungen bitte unter 6322 4357.*

Bürgersprechstunde mit **Marina Borkenhagen** am Dienstag, **19.10. ab 17 Uhr** im Bürgerhaus Grünau.

Falsche Straße gebaut?

Erinnern wir uns: Die Wendenschloßstraße in Köpenick ist eine der ersten Straßen, die nach dem Prozedere des Straßenausbaubeitragsgesetzes erneuert wurde. Hier hatte die Bezirksverordnetenversammlung über die Ausbauvariante zu entscheiden. Unter dem Gesichtspunkt über eine verkehrsberuhigte (30 kmh) Straße zu entscheiden, verzichteten wir auf eine Ausbauvariante mit Radverkehrsanlagen, dafür aber – auf Wunsch der Anwohner – viele Parkflächen. Damals tobte der Streit um eine wegfallende Parkfläche, die mit einem Einzelhandelsmarkt be-

baut wurde. Nun ist die Straße fertig, ohne Radverkehrsanlagen. Aber die Verkehrslenkung Berlin (eine gottähnliche Genehmigungsbehörde eigenmächtiger Entscheidungen) weigert sich, Tempo 30 außerhalb der Nachtzeiten anzuordnen. Der ÖPNV müsse beschleunigt werden. Wohin mit den Radfahrern, die sich nun im beschleunigten Verkehr bewegen wollen und müssen? Die BVV muss sich hier durchsetzen, denn Tempo 50 war nie unsere Beschlussgrundlage. Die LINKE wird sich dafür stark machen.

■ ■ *Ernst Welters*

Sie finden hier Termine der Partei DIE LINKE. Weitere Termine von öffentlichen Veranstaltungen finden Sie auf Seite 8

Mo 11.10. 15:00 Beratung der AG Seniorenpolitik in der Geschäftsstelle Brückenstrasse 28 THEMA: Beratung über die Organisation weiterer Aktivitäten gegen den Sozialabbau der Herrschenden sowie bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2011. Gäste und neue Mitglieder sind immer herzlich willkommen

Beratungen des Bezirksvorstandes:

Di 19.10. 18:30 Allendeweg
Di 09.11. 18.30 Allendeweg

Achtung

Im November findet kein Basistreffen statt.

KONTAKT

Bezirksverband
Geschäftsstelle Köpenick
Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792
E-Mail: bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag nach Vereinbarung,
Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr
Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr

Kassenzeiten:

Dienstag von 10.00 bis 17.00 Uhr
Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 6310 42 41
Öffnungs- und Kassenzeiten:
Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr

Fraktion in der BVV
Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Telefon / Fax (030) 533 76 07
Telefon (030) 902 97 41 61
mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de
Sprechstunden jeweils:

Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr
Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr
Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. (030) 63 22 43 57,
Fax (030) 63 22 43 58
Sprechzeiten:
Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr
Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

Das Bürgerbüro ist in der Zeit
vom 18.10–22.10 geschlossen

www.dielinke-treptow-koepenick.de

WIR GRATULIEREN

im Oktober

- 100. Reinhard Mangelsdorff
- 98. Erwin Schulz
- 91. Johannes Geißler
- 90. Käthe Mißlitz
- 85. Ursula Hartmann, Ingeborg Jurisch
- 80. Lisa Fettback,
Hannelore Krödel,

- Gerda Matros,
Hans Niemann
- 75. Ingrid Frey,
Helmut Böllersen,
Werner Richter
- 70. Marianne Backofen,
Hans-Herbert Nehls,
Alfred Skudlarek

Hauptversammlung der LINKEN Treptow-Köpenick

am 30. Oktober 2010, 10–17 Uhr,
Rathaus Treptow

Vorläufige Tagesordnung:

- Bericht des BV
- Schwerpunktaufgaben 2010/2011
- Wahlstrategie
- Wahl des Bezirksvorstandes
- Wahl einer Finanzrevisionskommission
- Wahl der Delegierten zum Landesparteitag

Das „blättchen“ braucht Eure/Ihre Spende!

Um die Kosten decken zu können, ist eine Spende von 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. Wir bedanken uns für alle Spenden und bitten weiter um Unterstützung, per Überweisung, unter:

Achtung neue Bankverbindung

Empfänger: DIE LINKE Berlin

Konto: 525 60 78 03

BLZ: 100 708 47 Berliner Bank AG

Verwendungszweck: 502-810
oder direkt in beiden Geschäftstellen.

Vielen Dank.

LINKSFRAKTION sucht Assistenten/in Stellenausschreibung

Die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin sucht zum 13. November 2010 befristet bis zum Ende der VI. Wahlperiode eine studentische Hilfskraft bzw. eine/n geringfügig Beschäftigte/n im Umfang von durchschnittlich acht Wochenstunden als

Fraktionsassistenten/in.

Die Tätigkeit besteht in der organisatorischen und sprachlichen Vor- und Nachbereitung von Anträgen und Anfragen sowie der Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit. Die Teilnahme an Fraktions- und BVV-Plenarsitzungen (Abendtermine) ist Bestandteil der Tätigkeit.

Wir erwarten:

- Grundkenntnisse im Aufbau der Berliner Verwaltung,
- freundliche Umgangsformen, Kontaktfreude, Eigeninitiative und selbstständiges Arbeiten,
- Teamfähigkeit, Flexibilität und Belastbarkeit,
- strategisches und strukturiertes Arbeiten,
- gutes Ausdrucksvermögen und Sicherheit im Umgang mit Wort, Schrift und neuen Technologien
- Identifikation mit den Zielen der Fraktion DIE LINKE.

Wir begrüßen ausdrücklich Bewerbungen von Frauen und Menschen mit Schwerbehinderungen.

Aussagekräftige Onlinebewerbungen bitte bis **22. Oktober 2010** an mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de oder ersatzweise an Fraktion DIE LINKE, Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.

Neue Zugänge zur Thematik Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche

Im ehemaligen Gefängnis des Amtsgerichts in der Puchanstraße befindet sich die Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche. Sie erinnert an die Ereignisse im Juni 1933, als die Köpenicker SA hunderte Regimegegner inhaftierte und folterte. Als früherer Gewaltexzess kommt der Köpenicker Blutwoche auch eine überregionale Bedeutung in der Entwicklung der nationalsozialistischen Verbrechen zu.

Auf Anfrage des Bezirksverordneten Philipp Wohlfeil (DIE LINKE) teilte Bezirksstadtrat Svend Simdorn (CDU) jetzt mit, dass die jährlichen Besucherzahlen nach der Neukonzeption im Jahre 2008 zunächst auf 700 im Jahre 2008 gestiegen seien, sich im laufenden und vergangenen Jahr aber wieder bei 400 wie 2007 einpendelten. Grund dafür sei die im Personalmangel begründete geringe Anzahl durchgeführter Veranstaltungen.

Der Fachbereich Heimatmuseum habe berechnete Hoffnung für die Gedenkstätte, in den Jahren 2011 bis 2013 in ein Förderprogramm von Senat und Humboldtuniversität aufgenommen zu werden. Damit würde die weitere wissenschaftliche Arbeit zur Aufarbeitung der Ereignisse möglich, wie auch eine Komplettierung der Gedenkstätte, sowie die Ermöglichung neuer Zugänge zur Thematik und die Erstellung und Publikation neuer Erkennt-



Foto: Horst Schwartz

Ausstellung zum 50. Jahrestages der Republik Mali

Der Grafiker Werner Laube lebte und arbeitete als Mitglied einer Brigade der Freundschaft der Freien Deutschen Jugend von 1967 bis 1969 in Mali, einem der größten Länder Westafrikas. Bei der täglichen Arbeit, aber auch auf mehreren Reisen durch das Land, lernte er Menschen der verschiedenen ethnischen Gruppen kennen und schätzen. 2006 reiste er zusammen mit Freunden und ehemaligen Arbeitskollegen wieder nach Mali. Das Wiedersehen einer Ausstellung mit historischen und aktuellen Fotografien inspiriert, die bis zum 5. November 2010 in der Volkshochschule, Baumschulenstraße 79–81 zu sehen ist.

nisse in aktuellen Dokumentationen.

DIE LINKE hatte das Bezirksamt vor zwei Jahren aufgefordert, sich beim Bund für die Aufnahme in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes einzusetzen. Dies ist inzwischen aber abgelehnt worden.

► Baumarbeiten

Im Treptower Park begannen umfangreiche Baumarbeiten am Sowjetischen Ehrenmal. Nach Abschluss der Arbeiten werden 2011 sechs Platanen neu gepflanzt.

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

Weitere Termine der Partei DIE LINKE finden Sie auf Seite 7

SO 10.10 10:00 Uhr „Freiheit, die ich meine.“ Polit. Frühschoppen zum Programmwurf der LINKEN, mit Bernd Ihme, Köpenicker Fischerhütte, Wendenschloßstraße 60d

DI 26.10 19.00 Uhr, „Israel–Palästina – Wege aus der Krise“. Auf dem Podium unter anderem: Annette Groth, MdB Die LINKE und Teilnehmerin am Gaza-Friedenskonvoi. Veranstaltung der LINKEN Oberschöneweide im Wahlkreisbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28,

DI 2.11. 18:00 Uhr „Sozialismus-Utopie: Versuche und Ergebnisse in Lateinamerika“ mit Dr. Alexander King, Referent für Wirtschafts- und Entwicklungs-

politik der Bundestagsfraktion der LINKEN, Ratz-Fatz Gartenhaus, Schnellerstr. 81

Bürgerforum Politiker vor Ort

Sonnabend, 16. Oktober, 10.00 Uhr
Im Kino Union Friedrichshagen

Themen: »Wir kaufen die Berliner Wasserbetriebe zurück!« und »Ist Ökologie bezahlbar?«

mit Harald Wolf, Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen und Thomas Rudek, Berliner Wassertisch

Ist Ihnen das Wasser zu teuer? Sollten Betriebe der Daseinsfürsorge in kommunale Bewirtschaftung? Verbrauchen wir zu viel oder zu wenig Wasser?

SA 6.11. 10:30 Uhr „Eigentum und Wirtschaftsdemokratie“, Programmdebatte mit Ernst Welters, Mitglied des Landesvorstandes der LINKEN Berlin, Gaststätte „Zur Tankstelle“, Oberspreestraße 148, Spindlersfeld

Aurora Lacasa

Lebenslinien
Eine musikalische Zeitreise

29. Oktober, 20 Uhr
KINO UNION, Friedrichshagen
Vorverkauf: 22 Euro
Abendkasse: 24 Euro
Tel: 030 650 13 141

Termine für den blättchen-Kalender bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an: petra.reichardt@die-linke-berlin.de